



Basel, 7. Mai 2023

Beitrag zum Hearing der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission Basel-Stadt am 11. Mai 2023
zum Neuen Gleichstellungsgesetz
von Erika Paneth im Auftrag des Vorstandes der frauenrechte beider basel

LGBTI-Menschen brauchen ein eigenes Antidiskriminierungsgesetz und die Gleichstellung von Mann und Frau braucht nach wie vor das bisherige Gleichstellungsgesetz

Gleichstellung in der Schweiz:

Der Bundesrat hat 2021 einen Aktionsplan zur Gleichstellungsstrategie 2030 verabschiedet, worin 183 Aktionen aufgelistet sind, die eine wirkliche Gleichstellung in allen Lebenslagen zwischen Frauen und Männern ermöglichen sollen. Gemäss der halbjährlichen Erhebung des Bundes sind noch zahlreiche Gleichstellungsmassnahmen nötig bezüglich ausgewogene Geschlechterverteilung in Ausbildung und Beruf, ausgewogene Geschlechtervertretung beim Personal, Sensibilisierung der Unternehmen und Bevölkerung, Teilhabe von Frauen am beruflichen und öffentlichen Leben, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sexuelle Belästigung in Unternehmen und auf der Strasse, Besserstellung der Frauen, die Care-Arbeit leisten u.s.w.

Bern und Zürich:

Bern und Zürich beschäftigen sich schon längere Zeit mit der Diskriminierung von LBGTIQ+ - Menschen und haben auch bereits erste, und ganz sicher nicht abschliessende, Massnahmen ergriffen, um der Diskriminierung vorzubeugen und im Falle eines Deliktes Hilfe anzubieten.

Dazu hat Zürich ein «Projekt gegen sexuelle, sexistische, homo- und transfeindliche Belästigungen und Übergriffe im öffentlichen Raum und im Nachtleben «Zürich schaut hin» – Grundlagenbericht» erstellt, und beschrieben, was die dringendsten Bedürfnisse von Diskriminierung betroffener Menschen ist. Das Wichtigste, was alle Fachstellen sagen, ist die Sensibilisierung von Behörden, Meldestellen, medizinischer Hilfe u.s.w. für die besonderen Bedürfnisse von LBGTIQ+-Menschen, die von Gewalt, sexueller Belästigung und Diskriminierung überdurchschnittlich häufig betroffen sind. Also dass eigene Fachstellen geschaffen werden und dass Fachstellen innerhalb der Polizei etc. geschult werden, so dass niederschwellige Angebote für LBGTIQ+ - Menschen da sind, auch für asylsuchende LBGTIQ+ -Menschen.

Und in Basel:

Gerade weil all diese vom Bund angeregten Massnahmen zur Gleichstellung zwischen Frauen und Männer notwendig sind, auch in Basel, reicht es nicht, einfach den Geschlechterbegriff zu relativieren und damit die Gleichstellung von Frauen und Männern durch die allgemeinen Massnahmen zur Antidiskriminierung zu ersetzen.

Statt neuer Gesetze braucht es also vor allem geschulte Behörden, Personalverantwortliche, Ärzte, etc. damit Hilfs-Angebote zur Verfügung gestellt werden. Es müssen Statistiken erstellt werden, um die tatsächliche Diskriminierung und Gewalt gegenüber LBGTIQ+ - Menschen zu erfassen. Es müssen eigene spezifische Angebote bereitstehen, damit diese von Betroffenen auch wahrgenommen werden können. Und es braucht eine breite Aufklärung, damit die Akzeptanz von LBGTIQ+ - Menschen in der Gesellschaft allgemein gesteigert wird.



frauenrechte
beider basel

**Fazit: Basel-Stadt braucht kein neues Gleichstellungsgesetz –
sondern konkrete Massnahmen zur Antidiskriminierung von LBGTIQ+-Menschen.**

Es braucht also eine eigene gesetzliche Regelung und eine eigene Fachstelle gegen Diskriminierung von LBGTIQ+ - Menschen, welche diese Aufgaben wahrnimmt und koordiniert. Es ist weder notwendig noch zielführend, das Gleichstellungsgesetz neu zu schreiben, sondern dieses hat sich weiterhin auf seine bisherigen Zielsetzung - der Gleichstellung von Frau und Mann - zu fokussieren. Mit einer „Verwurstung“ in einem einzigen Gesetz können weder die enorm diversen LBGTIQ+ - Menschen adäquat vor Diskriminierung geschützt werden, noch kann die Gleichstellung von Frau und Mann wirkungsvoll vorangetrieben werden. Verlieren würde letztlich die gesamte Gesellschaft, faktisch aber vor allem Frauen und LBGTIQ+ - Menschen. Darum sind wir der Überzeugung, dass das bisherige Gleichstellungsgesetz weitergeführt und ein eigenes Antidiskriminierungsgesetz geschaffen werden muss.